

Politische Theorie und Methoden

Behnke, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Behnke, J. (2012). Politische Theorie und Methoden. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 3(1), 76-80. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61855-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Politische Theorie und Methoden

*Joachim Behnke**

Schlüsselwörter: Methode, Normative Politische Theorie, Positive Politische Theorie, Logik, Wissenschaft

Abstract: Sowohl normative als auch positive Politische Theorie bedürfen einer methodischen Fundierung, um die Einhaltung der Ansprüche an die Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten. Hierbei kommt der Logik eine Schlüsselrolle zu, da sie einerseits bei der formalen Analyse von Institutionen selbst als Untersuchungsmethode eingesetzt wird und sie andererseits ein Instrument der Selbstdisziplinierung zur Überprüfung der entwickelten Argumentation darstellt. Aber auch zumindest rudimentäre Kenntnisse empirischer Methoden sind notwendig, wenn Politische Theorie auf empirische Erkenntnisse anderer Fächer zurückgreift.

Abstract: Normative as well as positive political theory need to be grounded in methodology in order to ascertain that they meet certain scientific criteria. In this regard, logic plays a key role, for on the one hand it is being used as a research method on its own for the formal analysis of institutions, on the other hand it is a tool for double-checking the line of argument one has developed. Furthermore, at least a basic level of knowledge of empirical methods is required when political theory makes use of empirical results from neighboring disciplines.

1. Einleitung

Will man sich über die Beziehung von Politischer Theorie zu Methoden äußern, so kann dies nicht geschehen, ohne eine Vorstellung davon zu entwickeln, was man eigentlich unter ‚Politischer Theorie‘ verstehen möchte. Dieses Unterfangen ist allerdings alles andere als einfach und kann an dieser Stelle auch in keiner befriedigenden Weise verfolgt werden. Festzuhalten bleibt aber, dass der Begriff der ‚Politischen Theorie‘ äußerst diffus ist und eine Abgrenzung von Theorien über spezielle Gegenstandsbereiche des Politischen zur Politischen Theorie äußerst schwer zu ziehen ist. So würde man eine auf empirischen Beobachtungen fußende Theorie des Wahlverhaltens wohl kaum als ‚Politische Theorie‘ bezeichnen, wenn man sich dabei lediglich mit den Fragen beschäftigte, wer warum welche Partei wählt. Dies wäre als ein Teilbereich positiver Theorie zu klassifizieren, der sich mit Aussagen beschäftigt, die anhand einer Konfrontation mit der empirischen Wirklichkeit verifiziert oder falsifiziert werden können. Wenn also solche ‚bloß empirischen‘ Aussagen selbst wohl nicht schon zur Politischen Theorie zählen, so lässt sich umgekehrt

* Prof. Dr. Joachim Behnke, Zeppelin Universität Friedrichshafen
Kontakt: joachim.behnke@zeppelin-university.de

vermutlich keine Politische Theorie aufstellen, die Relevanz besitzen soll, ohne auf solche ‚bloß empirischen‘ Aussagen zurückzugreifen. Die Empfehlungen Machiavellis an seinen Fürsten, die Staatsmodelle von Platon und Aristoteles oder die Vertragstheorien von Hobbes und Locke lassen sich nur verstehen, wenn man berücksichtigt, dass dabei bestimmte Bilder und Vorstellungen vom Menschen (oder Menschsein) als Annahmen eingehen. Diese Annahmen sind aus Sicht der Autoren derart selbstevident, dass sie einer methodischen empirischen Bestätigung nicht bedürfen. Doch die selbstevidenten Einsichten von heute sind womöglich der Aberglaube von morgen.

2. Normative und positive Politische Theorie

Ohne Zweifel besteht der inhaltliche Kern dessen, was man unter Politischer Theorie versteht, aus normativen Aussagen. Normative Sätze sind Sätze über ein Sollen, die in der Regel einen universalen Geltungsanspruch erheben. Als normative Theorien kann man Gruppen von normativen Sätzen bezeichnen, die sich auf ein gemeinsames Thema wie zum Beispiel Verteilungsgerechtigkeit beziehen. Dabei gibt es in der Regel einen normativen Kern der Theorie, der aus den hierarchisch höchststehenden normativen Aussagen besteht. Für die Praxis relevant ist jedoch, welche konkreten Normen, das heißt Regelsysteme, aus diesen abgeleitet werden können (vgl. Behnke/Zintl 2003). Ein solches Regelsystem kann zum Beispiel ein Entscheidungsmechanismus sein, der in der Lage sein soll, bestimmte normative Kriterien wie Gewährleistung von Autonomie oder Fairness zu erfüllen. Hier bedarf es einerseits eines logisch korrekt geführten Arguments, andererseits aber einer (formalen) Analyse der betreffenden Institution dahingehend, ob die Institution überhaupt im intendierten Sinne – und wenn ja, unter welchen Bedingungen – arbeitet. In dieser Tradition haben zum Beispiel die Analysen von Condorcet (2011), Arrow (1963), Buchanan und Tullock (1962) entscheidende Erkenntnisse über das Wirken der Mehrheitsregel geliefert. Diese formalen Analysen stellen ebenfalls positive Theorien dar. Es gibt sicherlich gute Gründe, diese Art von positiven Theorien als wesentlichen Teil dessen zu sehen, was man unter Politischer Theorie verstehen sollte. Doch selbst wenn man die Ansicht vertreten sollte, dass sie selbst nicht zum originären Kern der Politischen Theorie zählen, so würde man nicht umhin können zuzugeben, dass sie elementare Bausteine für die Entwicklung fundamentaler Kerntheorien der Politischen Theorie bilden, wie zum Beispiel die der angemessenen Repräsentation, der angemessenen Form der Entscheidungsfindung oder der angemessenen Verteilung von Grundgütern. Die Frage der Zugehörigkeit solcher positiven Theorien zur Politischen Theorie ist daher bestenfalls in der Nuancierung, nicht im qualitativen Urteil selbst umstritten. Das heißt wiederum nicht unbedingt, dass sich jeder Politische Theoretiker¹ solcher Methoden und Theorien bedienen muss, ihre Relevanz für die Entwicklung der Politischen Theorie aber belegt die große Rezeption der Schriften von Condorcet und Arrow. Vermutlich kommt fast keine einzige moderne Demokratietheorie ohne jeglichen Verweis auf diese aus.

1 Hier und an allen folgenden Stellen umschließt die grammatikalische männliche Form der Akteure wie ‚Wissenschaftler‘ oder ‚Theoretiker‘ selbstverständlich auch immer den weiblichen Teil. Der Verzicht auf die explizite Nennung des anderen Geschlechts erfolgt ausschließlich aus sprachlichen Gründen.

3. Mindestbedingungen der Wissenschaftlichkeit

Wissenschaft ist ein soziales System, das durch eine bestimmte Haltung derjenigen, die in ihm agieren, geprägt ist. Verkürzt ausgedrückt könnte man sagen: Wissenschaft ist die Haltung, sich für seine Aussagen rechtfertigen zu müssen. Diese Aussagen verdienen nicht um ihrer selbst willen Respekt oder der Person wegen, die sie äußert, sondern weil es gute Gründe dafür gibt, ihnen zu glauben. Die Aufgabe eines jeden Wissenschaftlers als Wissenschaftler muss es daher sein, solche Gründe zu liefern.

Wenn Politische Theorie als Wissenschaft gelten will, so muss sie die Mindestbedingungen erfüllen, die an jede ‚Wissenschaft‘ gestellt werden. Die wichtigste dieser Bedingungen ist die der ‚Objektivität‘ jeder wissenschaftlichen Erkenntnis. Unter ‚objektiv‘ soll hierbei lediglich gemeint sein, dass es uns möglich ist, uns intersubjektiv nach bestimmten Kriterien darauf zu einigen, bestimmte Aussagen als wahr beziehungsweise als falsch anzuerkennen oder zumindest als angemessene oder unangemessene Beschreibungen der Wirklichkeit zu betrachten (vgl. Behnke/Behnke 2010). Objektivität im hier gemeinten Sinn bedeutet also, dass wir Konsens herstellen können, dass gewisse Aussagen zu akzeptieren sind.

4. Methoden als Mittel zur Gewährleistung wissenschaftlicher Ansprüche

Jede sprachliche Äußerung muss im Prinzip kritisierbar sein, sowohl positiv als auch negativ. Das heißt, es müssen Argumente vorstellbar sein, die als gute Gründe gelten können, die sprachliche Äußerung für wahr beziehungsweise akzeptabel zu halten, und es müssen Argumente vorstellbar sein, die als gute Gründe gelten können, diese abzulehnen. Methoden sind Entdeckungsverfahren solcher Gründe, ihr Zweck besteht in der Lieferung von Argumenten. Die Grundannahmen einer Methode, sowie die einzelnen Schritte der Durchführung einer Methode müssen derart explizit gemacht werden können, dass jeder, der die Methode anwendet, bei Anerkennung der gleichen Grundannahmen zum selben Ergebnis gelangen muss. Methoden sind demnach Verfahren, die garantieren, dass sich keiner dem oben erwähnten Konsens mit guten Gründen verweigern kann. Dissens kann dann nur über die Anwendbarkeit der Methode selbst oder über die gemachten Annahmen bestehen, nicht über die von ihr gelieferten Erkenntnisse bei Akzeptanz der zugrundeliegenden Annahmen.

Methoden besitzen vor allem das grundlegende Potenzial, schlechte Argumente als solche zu entlarven beziehungsweise erkennbar zu machen. Insofern haben Methoden eine ‚negative‘ Natur. Methoden sind ein hilfreiches Instrument bei der Entwicklung eines validen Arguments, aber nur insofern, als sie einem helfen, die Validität des Arguments selbst zu überprüfen. Es gibt keine Methode *zur* Entwicklung eines fruchtbaren und inhaltsreichen Arguments. Dies war der grundlegende Irrtum des Ansatzes von Francis Bacon (1990). Methoden selbst sind daher niemals kreativ, sie legen aber der Kreativität Zügel an, indem sie sie in fruchtbare Bahnen lenken, und es gibt natürlich sehr wohl einen kreativen Umgang mit Methoden. Methoden sind nicht der Ersatz für originäre intellektuelle Kreativität und können es auch nicht sein. Die souveräne Beherrschung von Methoden allein schützt noch nicht vor intellektueller Armut und zu oft wird mit methodi-

schen Kanonen auf theoretische Spatzen geschossen. Methoden bieten aber eine allgemein verbindliche Richtschnur, echte intellektuelle Kreativität von einer nur scheinbaren und behaupteten zu unterscheiden. Denn dies sollte uns die Geschichte des Skeptizismus wohl gelehrt haben: Die spontan empfundene Überzeugungskraft eines Arguments geht nicht zwangsläufig mit seiner Validität einher und der gut präsentierte Schein versteht oft besser zu beeindrucken als das Echte.

5. Methodische Aspekte Politischer Theorie

Es gibt drei ‚methodenorientierte‘ Einfallstore in die Politische Theorie. Zum einen bezogen auf empirische Aussagen, zum zweiten in Bezug auf die formale Analyse bestimmter Verfahren und zum dritten in Bezug auf die logische Argumentation selbst. Die Relevanz der kritischen Analyse der positiven Basis normativer Theorien lässt sich im Moment zum Beispiel sehr gut an der weitverbreiteten Diskussion der Experimente von Tomasello (2010) beobachten, deren Ergebnisse als grundlegend für Theorien der menschlichen Kooperation und Kommunikation angesehen werden können. Die Methodenfrage ist hier einerseits insofern relevant, um zu beurteilen, ob in der entsprechenden empirischen Fachdisziplin die Methoden korrekt angewandt wurden, andererseits aber – wichtiger – ob die empirischen Ergebnisse die daraus gezogenen Schlüsse rechtfertigen. Hier bedarf es in erster Linie einer methodischen *literacy*, wenn man nicht auf bloßes Vertrauen in die methodische Korrektheit der betreffenden Forscher angewiesen sein möchte. Bei der formalen Analyse von Institutionen und der Führung eines normativen Arguments selbst bedarf es vor allem gewisser Grundkenntnisse oder zumindest eines Grundverständnisses der Struktur logisch valider Argumente. Dies heißt nicht zwangsläufig, dass ein Politischer Theoretiker sich dieses Wissen in logischen Propädeutika angeeignet haben muss, wie sie zum Beispiel in Philosophie und Jura durchaus üblich sind. Wichtig ist vor allem, dass die wissenschaftliche ‚Haltung‘, eine angebotene Theorie durch Angabe von guten Gründen zu rechtfertigen, im Laufe der Ausbildung in *irgendeiner* Form kultiviert worden ist. Diese Selbstdisziplinierung durch Anerkennung logischer Beschränkungen, die durch den systematischen Einsatz von Methoden erkannt werden, kann sowohl in logischen Propädeutika als auch in ‚normalen‘ Einführungen zu empirischen Methoden geleistet werden, zumindest wenn in Letzteren wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Fragestellungen eine gewisse Aufmerksamkeit eingeräumt wird.

Entscheidend über diese Aspekte der Ausbildung hinweg aber ist vor allem, dass sich der Wissenschaftler – und damit natürlich auch der Politische Theoretiker – in seiner eigenen Forschung stets seiner argumentativen Bringschuld bewusst und auch bereit ist, diese einzulösen. Eine methodenkritische Reflexion seines eigenen Handelns bezieht dabei sowohl die methodenorientierte Überprüfung seiner Ergebnisse ein als auch eine kritische Reflexion seiner methodischen Vorgehensweise, das heißt, welche Methoden er wie einsetzt und inwiefern er seine Methodenwahl als angemessen begründen kann.

Literatur

- Arrow, Kenneth J., 1963: *Social Choice and Individual Values*, New Haven.
Bacon, Francis, 1990: *Neues Organon*, Darmstadt.

- Behnke, Joachim / Zintl, Reinhard, 2003: Einführung in methodische Grundlagen; [http://www. politikon.org/lehrangebote/ politische-theorie/einfuehrung-in-methodische-grundlagen.html](http://www.politikon.org/lehrangebote/politische-theorie/einfuehrung-in-methodische-grundlagen.html), 04.04.2012.
- Behnke, Joachim / Behnke, Nathalie, 2010: Wissenschaftstheorie und Methoden. In: Irene Gerlach / Eckhard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz (Hg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden, 537–557.
- Buchanan, James M. / Tullock, Gordon, 1962: *The Calculus of Consent*, Ann Arbor.
- Condorcet, 2011: *Ausgewählte Schriften zu Wahlen und Abstimmungen*. Herausgegeben von Joachim Behnke, Carolin Stange und Reinhard Zintl, Tübingen.
- Tomasello, Michael, 2010: *Warum wir kooperieren*, Frankfurt (Main).